

**JUSTIZMINISTERIUM KÜNDIGT UNTERSUCHUNG DES
GESUNDHEITSMINISTERIUMS DES BUNDESSTAATS ALABAMA (ALABAMA
DEPARTMENT OF PUBLIC HEALTH) UND DER GESUNDHEITSBEHÖRDE DES
BEZIRKES LOWNDES ZUM THEMA UMWELTGERECHTIGKEIT AN**

Das US-Justizministerium gab heute bekannt, dass es eine Untersuchung der Abwasserentsorgung sowie der Programme gegen Infektionskrankheiten und Krankheitsausbrüche des Gesundheitsministeriums des Bundesstaats Alabama und der Gesundheitsbehörde des Bezirkes Lowndes eingeleitet hat. Bei der heute angekündigten Untersuchung handelt es sich um die allererste Untersuchung des Justizministeriums zum Thema Umweltgerechtigkeit im Rahmen von Titel VI des US-amerikanischen Bürgerrechtsgesetzes von 1964.

Im Rahmen der Untersuchung, die von der Abteilung für Bürgerrechte durchgeführt wird, soll geprüft werden, ob das Gesundheitsministerium von Alabama und die Gesundheitsbehörde des Lowndes County ihre Programme zur Abwasserentsorgung vor Ort und zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten und Krankheitsausbrüchen in einer Weise betreiben, die schwarze Einwohner des Bezirkes Lowndes diskriminiert und damit gegen Titel VI des Bürgerrechtsgesetzes von 1964 (Title VI) verstoßen. Im Rahmen dieser Untersuchung soll auch geprüft werden, ob die Richtlinien und Praktiken der Gesundheitsämter dazu geführt haben, dass die schwarzen Einwohner des Bezirkes Lowndes einen schlechteren Zugang zu angemessenen Abwassersystemen haben und in unverhältnismäßiger und ungerechtfertigter Weise das Risiko negativer gesundheitlicher Auswirkungen im Zusammenhang mit einer unzureichenden Abwasserbehandlung, wie z. B. Infektionen mit Hakenwürmern, tragen.

„Abwassereinrichtungen gehören zu den menschlichen Grundbedürfnissen und niemand in den Vereinigten Staaten sollte dem Risiko von Krankheiten oder anderen ernstlichen Gefahren ausgesetzt sein, weil er oder sie unzureichenden Zugang zu einer sicheren und effektiven Abwasserentsorgung hat“, erklärte die stellvertretende Generalstaatsanwältin der Abteilung für Bürgerrechte des US-Justizministeriums, Kristen Clarke. „Die Gesundheitsbeamten der Bundesstaaten und der lokalen Behörden sind nach den Bundesgesetzen über Bürgerrechte verpflichtet, die Gesundheit und Sicherheit aller ihrer Einwohner zu schützen. Wir werden eine faire und gründliche Untersuchung dieser umweltrechtlichen Bedenken und ihrer Auswirkungen auf die Gesundheit, das Leben und die Sicherheit der Menschen im Bezirk Lowndes im Bundesstaat Alabama durchführen.“

Das Ministerium hat noch keine Schlussfolgerungen zu den Vorwürfen in dieser Angelegenheit gezogen. Das Ministerium wird diese Untersuchung gemäß Titel VI des Bürgerrechtsgesetzes von 1964 durchführen. Titel VI verbietet Empfängern von Finanzhilfen des Bundes die Diskriminierung aufgrund von Ethnie (race), Hautfarbe oder nationaler Herkunft. Im Rahmen von Titel VI ist das Ministerium befugt, zu untersuchen, ob Empfänger von Finanzhilfen des Ministeriums ungesetzlich diskriminierend gehandelt haben.

Die Fachabteilung für bundesweite Koordinierung und Einhaltung von Vorschriften der Abteilung für Bürgerrechte führt diese Untersuchung mit Unterstützung der Staatsanwaltschaft der Vereinigten Staaten im Middle District von Alabama durch. Personen, die über sachdienliche Informationen verfügen, werden gebeten, sich per E-Mail an die Fachabteilung für bundesweite Koordinierung und Einhaltung von Vorschriften zu wenden: AL.Lowndes.EJ@usdoj.gov oder telefonisch unter 833-739-2103.

Die Bekämpfung diskriminierender Auswirkungen auf die Umwelt und Gesundheit durch die Durchsetzung der Bürgerrechtsgesetze der Vereinigten Staaten ist eine der obersten Prioritäten der Abteilung für Bürgerrechte. Weitere Informationen über die Abteilung für Bürgerrechte finden Sie auf ihrer Website unter www.justice.gov/crt.